



Aus der Mitte der Gesellschaft

Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs: Mit diesem Satz erntete CDU-Generalsekretär Peter Tauber negative Aufmerksamkeit. Auch wenn er danach eiligst zurückruderte, zeigt seine Antwort auf die Frage eines Minijobbers doch den Zynismus der Union, wenn es um die Sorgen und Nöte des „kleinen Mannes“ geht.

Nicht nur aufgrund seiner eigenen Biografie hat Martin Schulz einen anderen Blickwinkel auf kurvige Lebensläufe. „Das ist einer der Gründe, warum ich in diesem Wahlkampf so für Qualifizierung kämpfe, warum ich die Arbeitsagentur zur Agentur für Arbeit und Qualifizierung umbauen will. Jeder Mensch verdient eine Chance – sei es auch mal die zweite oder dritte.“

Diese Verwurzelung in der Mitte der Gesellschaft spiegelt auch das Wahlprogramm wider. Die Würde des Menschen im Fortschritt zu verwirklichen – das bleibt die Mission der SPD. „Unser Auftrag ist seit jeher, Fortschritt zu gestalten und immer den Menschen in den Mittelpunkt dieses Wandels und dieses Fortschritts zu stellen“, erklärte Martin Schulz. Gerechtigkeit als zentrales Thema des Wahlprogramms ist dabei nicht nur programmatisch, sondern auch ganz pragmatisch zu verstehen: „Die

SPD steht für eine Politik, die Mütter und Väter dabei unterstützt, partnerschaftlich Beruf und Familie zu vereinbaren“, so Schulz. Für diese Unterstützung steht zum Beispiel das „ElterngeldPlus“, das den Zeitraum für die Lohnersatzleistung auf 28 Monate verdoppelt und von der SPD schon im Juli 2015 durchgesetzt wurde, um unter anderem eine Gerechtigkeitslücke für Alleinerziehende zu schließen. Und diesen Weg will Martin Schulz als Bundeskanzler weitergehen.

Das Wahlprogramm der Unionsparteien ist hingegen ein „mutloses Minimalprogramm“. Es ist unseriös, ungerecht und unverantwortlich. Ideen für die Zukunft? Fehlanzeige. Dabei bedarf es gerade im digitalen Zeitalter großer Initiativen. Das hat Martin Schulz längst erkannt und zu einem Schwerpunkt erklärt. „Wir wollen die digitale Bildung in die Schulen, in die Berufsschulen und in die Weiterbildung bringen. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass die Substanz unseres Staates nicht weiter kaputtgespart wird, sondern dass die notwendigen Investitionen in unsere Schulen mit ordentlichen Gebäuden und mit moderner Ausstattung, mit genügend Lehrkräften und mit genügend Schulsozialarbeitern endlich angepackt werden.“

Wer da nicht investiert, verspielt die Zukunft der Bundesrepublik.

All diese fundamentalen Ansätze kann nur verinnerlichen, wer selbst aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Nachdem Martin Schulz die Schule abgebrochen hatte, arbeitete er über 25 Jahre in der Verlagsbranche und eröffnete eine Buchhandlung, bevor er 1994 ins Europäische Parlament berufen wurde. Wir freuen uns schon: Der nächste Bundeskanzler ist ein Buchhändler.



Der SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz.



Liebe Auringerinnen und Auringer,

seit Kurzem hat in Hessen wieder die Schule begonnen. Ebenso beginnt auch der Wahlkampfendspurt für die am 24. September stattfindende Bundestagswahl. Sie haben die Wahl!

Auf den Innenseiten dieser Zeitung stellen wir unseren Direktkandidaten für den Bundestag Simon Rottloff mit einem Artikel zur Kinderbetreuung vor. Hierin wird deutlich, dass er sich genauso wie unser Kanzlerkandidat Martin Schulz an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Beide stehen für eine gerechte und soziale Politik.

Wie gewohnt möchten wir im Auringer den Blick aber auch auf Themen vor Ort richten, wie zum Beispiel die Situation in der Straße Alt-Auringen oder Tempo 30 im gesamten Ortsgebiet.

Herzlichst, Ihr Michael Wolf

Vorsitzender der SPD-Auringen

Simon Rottloff: Kinderbetreuung bleibt Schwerpunkt

Kinderbetreuung ist für die Sozialdemokratie ein zentrales Thema. In den letzten Jahren haben wir in Wiesbaden besonders in den Ausbau investiert und unsere Ziele nahezu



Simon Rottloff ist der Wiesbadener SPD-Kandidat für die Bundestagswahl am 24. September und sozialpolitischer Sprecher.

erreicht. So können wir für fast 40% der unter Dreijährigen und 85% der Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Platz anbieten. Knapp 60% der Grundschulkinde können nachmittags betreut werden. Aber auch in der Kindertagespflege sind wir für alle Altersgruppen gut aufgestellt.

Auf dem Erreichten dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Wiesbaden ist eine wachsende Stadt. In den letzten Jahren hatten wir besonders starke Geburtenjahrgänge und der Trend nimmt nicht ab. Um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, müssen wir den Ausbau entsprechend weiter vorantreiben und neue Betreuungsplätze schaffen.

Dies gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Wir müssen Geld für die notwendigen Baumaßnahmen bereitstellen und die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlen. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungs-

platz für unter Dreijährige hat sich die Platznachfrage gesteigert. Kommen die Kinder aus der Krippe in den Elementarbereich und später in die Grundschule, benötigen die Eltern ein ähnliches Betreuungsangebot. Sie können nicht einfach ihren Job aufgeben, nur weil die Grundschule bereits um 12 Uhr schließt. Um dem gerecht zu werden, haben wir als Stadtverordnete beschlossen, das Ausbauziel im Elementarbereich von 85% auf 90% Prozent zu erhöhen sowie im Grundschulkindebereich von 60% auf 75%.

Konkret bedeutet dies, dass wir im U3-Bereich 90 und im Elementarbereich 18 neue Gruppen schaffen müssen. Auch in der Schulkinderbetreuung werden wir deutlich aufstocken. Natürlich werden wir die entsprechenden Mittel für den weiteren Ausbau bereitstellen. Wir haben deshalb einer Überarbeitung der Gebührenstruktur in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. So werden die Gebühren in kleinen Schritten moderat ansteigen.

Auf der anderen Seite haben wir uns entschieden, den kostenfreien Halbtagsplatz abzuschaffen, der einmal ein CDU-Anliegen war, so dass für alle Platzmodelle ein Beitrag anfallen wird. Dies ist notwendig, damit die Gebühren insgesamt nicht zu stark erhöht werden müssen. Das letzte Kindergartenjahr bleibt jedoch wie gehabt beitragsfrei.

Eine weitere Änderung in der Kinderbetreuung wird der Dreiviertelplatz sein, der neben dem Halb- und Ganztagsplatz eingeführt wird. Das

neue Platz- und Gebührenmodell soll jedoch erst nach ausführlicher Beteiligung aller Betroffenen (z.B. Stadtteilernbeirat) im Sommer 2018 in Kraft treten.

Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebene für gebührenfreie Bildung und Betreuung ein. Die schwarz-grüne Hessische Landesregierung blockiert dies allerdings. Solange die Ausbau- und Betreuungskosten nicht zum großen Teil vom Land übernommen werden, wie in Rheinland-Pfalz, müssen die Kommunen Gebühren erheben, da sonst Ausbau und Qualität der Einrichtungen erheblich leiden würden. In Wiesbaden achten wir darauf, dass die Gebühren bezahlbar bleiben und Familien entlastet werden, beispielsweise mit der Geschwisterbeitragsreduzierung.

Einladung zum Spielplatzfest

Samstag, 26. August 2017
Auf dem Spielplatz
„Am Lindenborn“
11 bis 14 Uhr

Unser Bundestagskandidat wird vor Ort sein. Für Speisen und Getränke ist natürlich gesorgt.

Impressum

„Der Auringer - Ortszeitung der SPD“
Herausgeber: SPD Ortsverein Auringen
V.i.S.d.P.: Dr. Michael Wolf
Layout: Dr. Michael Wolf
Bildmaterial: SPD, Privat
Druck: www.flyeralarm.de
Auflage: 2500

Kontakt

Sie haben Fragen zur Politik in Auringen?
Sie wollen uns Ihre Meinung sagen?

Dann erreichen Sie uns unter:

Telefon: 06127 965269
Email: kontakt@spd-auringen.de
Internet: www.spd-auringen.de

Aus dem Ortsbeirat

Vandalismus in Auringen

Schon im vergangenen Jahr kam es in Auringen wiederholt zu Schäden durch Vandalismus. Damals wurden Gespräche zwischen dem Ortsbeirat und dem zuständigen 4. Polizeirevier geführt. Die in der Folge durchgeführten Polizeikontrollen zeigten leider nur geringe Wirkung. Im Frühjahr und Frühsommer gab es mehrfach Zerstörungen am Bahnhaltepunkt Auringen-Medenbach: Der Fahrkartenautomat und die Beleuchtung wurden zerstört, einbetonierte Schilder wurden aus der Verankerung gerissen sowie der Unterstand mit Mordaufrufen und Naziparolen verunstaltet. Da sporadische Kontrollen offenbar wirkungslos sind, befürwortet die SPD die Installation von Überwachungskameras in diesem Bereich, auch wenn hierzu rechtliche Fragen geklärt werden müssen. Es darf nicht sein, dass der Haltepunkt von vielen Fahrgästen aus Angst nicht mehr benutzt wird. Der Ortsbeirat beschloss einstimmig eine weitere intensive Zusammenarbeit mit der Polizei, sowie die Möglichkeiten einer Kameraüberwachung zu prüfen.



Wiederholt kam es zu Zerstörungen am Haltepunkt Auringen-Medenbach.

Mobile Jugendarbeit wird in Auringen nicht reaktiviert

Vor ein paar Jahren wurde die Mobile Jugendpflege in den östlichen Vororten eingestellt. Die Stadt wollte dadurch Ressourcen sparen und sich auf die Brennpunkte in anderen Stadtteilen konzentrieren. Aufgrund der Vandalismus-Ereignisse sieht die Auringer SPD dringenden Handlungsbedarf und forderte die

Reaktivierung der mobilen Jugendarbeit in Auringen. Ein entsprechender Antrag wurde vom Ortsbeirat einstimmig beschlossen.

Die SPD nimmt enttäuscht zur Kenntnis, dass die Stadt Wiesbaden derzeit keine Möglichkeiten sieht, entsprechende Mittel bereitzustellen, um dem Antrag des Ortsbeirates nachzukommen.

Zugausfälle durch Arbeiten am Haltepunkt Igstadt

Aufgrund der Arbeiten am Haltepunkt Igstadt ist der Zugverkehr an Wochenenden von Anfang April bis Mitte Mai dieses Jahres eingestellt worden, ohne dass eine rechtzeitige Information im Voraus am Haltepunkt erfolgte. Es fehlten auch Informationen über einen Schienenersatzverkehr einschließlich eines Fahrplans. So endete zum Beispiel am Nachmittag des 9. Mai die Fahrt des Zuges aus Richtung Niedernhausen ohne Vorankündigung am Haltepunkt Igstadt. Die fehlenden Kundeninformationen wurden durch interne Umstrukturierungen bei der Deutschen Bahn erklärt und bedauert. Aus Sicht der SPD-Ortsbeiratsfraktion führen solche Pannen nicht zu einer stärkeren Akzeptanz des öffentlichen Personennahverkehrs.

Verbesserte Busanbindung gefordert

Der Auringer Ortsbeirat fordert einstimmig eine verbesserte Busanbindung vor allem in Richtung Bremthal. In seiner Juni-Sitzung ergänzte er eine Magistratsvorlage der Stadt Wiesbaden: Die Buslinie 20 soll von Naurod kommend über die Schlossgasse und den Bremthaler Weg in Richtung Bremthal weitergeführt werden. Durch diese Streckenänderung würde die Mehrzweckhalle im Bremthaler Weg und der hintere Teil des Tannenrings an den ÖPNV angebunden. Außer-



Standort einer möglichen neuen Haltestelle am Tannenring.

dem würde Auringen somit direkt mit dem Bremthaler S-Bahn-Haltepunkt verbunden, von wo Züge nach Frankfurt fahren.

Der Ortsbeirat fordert weiterhin langfristig eine Anbindung Naurod-Auringen-Hockenberger Mühle und einen Tangentialverkehr in Richtung Nordenstadt.

Verzögerungen beim Neubau der Grundschule

Der Baubeginn für die neue Grundschule in Naurod wird nach Angaben des Wiesbadener Magistrats erst zum 4. Dezember 2017 erfolgen und somit rund ein halbes Jahr später als ursprünglich geplant. Die Mitglieder des Ortsbeirates zeigten sich hierüber enttäuscht und kritisierten die Informationspolitik der Stadt Wiesbaden. Erst nachdem ein von der SPD initiiertes Antrag an den Magistrat gestellt wurde, informierte die Stadt über die Verzögerung. Der Ortsbeirat hofft nun auf eine Einhaltung des neuen Termins, damit der Neubau bis Dezember 2019 fertig gestellt werden kann.



Die Rudolf-Dietz-Schule muss dringend erneuert werden.

Aus dem Ortsbeirat (Fortsetzung)

Sanierung der L3028

Der Zustand der Landesstraße L3028 (Am Wellinger) in der Auringer Gemarkung ist seit Jahren ein leidiges Thema. Aus Sicht der SPD ist eine Sanierung dringend notwendig, da die Straßenschäden, neben Sicherheitsaspekten für die Verkehrsteilnehmer, auch zusätzliche Lärmbelastungen für die Anwohner zur Folge haben. Außerdem weist dieser Straßenabschnitt den Charakter einer Dorfdurchgangsstraße auf, auch wenn er sich geografisch in einer Ortsrandlage befindet. So würde ein zu errichtender beleuchteter, durchgängiger Fuß- und Radweg zu einer besseren Verbindung des Tannenrings/Dreiherrensteins mit dem alten Ortskern und „Auringen Süd“ führen. Der Auringer Ortsbeirat forderte auf Vorschlag der SPD einstimmig die Landeshauptstadt auf, sich mit Nachdruck beim Land Hessen für eine baldige Sanierung der Landesstraße L3028 in der Auringer Gemarkung einzusetzen, zumal alle anderen Abschnitte der L3028, die von Hochheim bis zur B455 in Bremthal führt, schon saniert wurden und sich in einem guten Zustand befinden.



Die ausstehende Sanierung der L3028 bleibt weiterhin ein Thema.

Straße Alt-Auringen

Der im Ortskern liegende Abschnitt der Straße Alt-Auringen wurde bis Beginn dieses Jahres grundlegend saniert. Umso überraschender und ärgerlicher ist das Auftreten von Schäden im Frühjahr: Seit Wochen weisen Warnbaken darauf hin, dass sich an manchen Stellen Teile der Randsteine und des Füllstoffes gelöst haben. Der Ortsbeirat fordert nicht nur die zeitnahe Reparatur, sondern möchte

auch über die Ursachen der Schäden informiert werden.

Außerdem beschäftigt sich der Ortsbeirat weiterhin mit der Verkehrssituation in dieser Straße. Sowohl durch die relativ schmale Straßenbreite als auch aus architektonischen Gründen wurde bewusst auf einen von der Straße getrennten Fußweg verzichtet. Dadurch besteht vor allem für Kinder eine Gefahr, wenn sie aus den Einfahrten kommend, direkt auf der Straße stehen und von Fahrzeugführern nicht sofort wahrgenommen werden. Um zu einer konstruktiven Lösung zu gelangen, hat der Ortsbeirat um einen Ortstermin mit den verantwortlichen Vertretern der Fachämter gebeten, damit die Situation vor Ort geschildert werden kann und anschließend entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.



Unmittelbar nach der Sanierung traten neue Schäden in der Straße Alt-Auringen auf.

Rad-/Fußweg von Auringer Mühle nach Naurod gefordert

Auringen und Naurod liegen etwa zwei Kilometer voneinander entfernt und damit in einem Bereich, der zu Fuß oder mit dem Fahrrad gut zu bewältigen wäre. Allerdings gibt es zwischen Auringen und Naurod immer noch keinen durchgängigen, asphaltierten Rad- bzw. Fußweg. Die SPD befürwortet außerdem eine Verlängerung eines Rad-/Fußweges bis zur „Auringer Mühle“ entlang der K659, da diese Strecke von zahlreichen Fußgängern und Radfahrern schon heute trotz fehlenden Gehweges intensiv genutzt wird. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Zum einen ist das Als-

bachtal und der Waldweg zur Hockenberger Mühle eine beliebte Wanderroute, zum anderen dient die Auringer Mühle aber auch als Kreuzungspunkt für Personen, die vom unteren Teil Auringens in das Neubaugebiet „Auf den Erlen Süd“ gelangen wollen und umgekehrt.

Tempo 30 im Ortsgebiet

Die etwa 500 Meter lange Strecke in der August-Ruf-Straße zwischen Apotheke und der Einmündung zur L3028 ist der einzige Abschnitt in Auringen, in dem Tempo 50 km/h erlaubt ist. In diesem Bereich befinden sich zwei stark frequentierte Bushaltestellen. Der Ortsbeirat wünscht einheitlich eine Ausweitung der „Tempo-30-Zone“ auf das gesamte Ortsgebiet und hat deshalb den Magistrat der Stadt Wiesbaden gebeten, eine Umsetzung der Maßnahme zu prüfen.



Der Ortsbeirat wünscht sich „Tempo 30“ im gesamten Ortsgebiet.



Für Fragen oder Anregungen stehen Ihnen unser stellvertretender Ortsvorsteher **Wolfgang Brendel** oder unser Ortsbeiratsmitglied **Michael Wolf** gerne zur Verfügung:

Wolfgang Brendel (Tel. 06127/61516)
Michael Wolf (Tel. 06127/965269)
Email: kontakt@spd-auringen.de